Zürich, 2. November 2026

Medieninformation

Knapp 100 Jugendliche debattieren und reichen 8 Jugendvorstösse beim Zürcher Gemeinderat ein

Während europaweit darüber diskutiert wird, wie die Politik auf die Unzufriedenheit junger Menschen reagieren soll, bot am letzten Freitag die Jugendkonferenz der Stadt Zürich einen spannenden Einblick in einen anderen Ansatz: 99 Jugendliche sind zur vierten Jugendkonferenz zusammengekommen, um ihre Anliegen an die Stadt Zürich einzubringen. Es wurden dem Gemeinderat 8 Jugendvorstösse übergeben. Darunter sind Themen wie Aufklärung über sexualisierte Gewalt an Schulen oder verbesserte Information über Unterstützungsangebote bei psychischer Belastung. Über die Jugendvorstösse wird in den nächsten 6 Monaten im Gemeinderat diskutiert.

Eröffnet wurde die diesjährige Jugendkonferenz von der Stadträtin Simone Brander. Engagiert haben die jungen Menschen anschliessend ihre Anliegen in neun Gruppen diskutiert. Als Vorbereitung auf die Jugendkonferenz konnten sie bereits im Vorfeld über die Online-Plattform engage.ch ihre Ideen einreichen. Die Teilnehmenden haben aber auch direkt an der Veranstaltung Anliegen formuliert. Über den ganzen Tag waren 13 Gemeinderät*innen vor Ort und begleiteten die Gruppen bei der korrekten Ausformulierung der Jugendvorstösse.

Die Abstimmung über alle ausgearbeiteten Jugendvorstösse am Nachmittag der Jugendkonferenz moderierte Amélie Galladé. Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber richtete ebenfalls noch das Wort an die Jugendlichen. Prelicz-Huber war es, die 2021 die Initiative im Zürcher Gemeinderat ergriff, um Jugendlichen eine Teilhabe am politischen System der Stadt Zürich zu ermöglichen, woraus der Jugendvorstoss als politisches Instrument resultierte: «Euer Engagement ist wichtig. Ihr wisst am besten, was ihr braucht, und wir haben in unserer direkten Demokratie die Möglichkeit, uns einzubringen. Nutzt diese Chance heute, und auch in Zukunft». Die Jugendlichen vertraten im Plenum ihre Vorstösse und beantworteten kritische Fragen. Bei der Abstimmung im Ratssaal des Rathaus Hard wurden folgende 8 von 9 Jugendvorstössen angenommen:

- Für mehr Mitbestimmung in der Schule
- Mehr Lehrstellen und Arbeitsplätze für Menschen mit Beeinträchtigung
- Für autonome und selbstverwaltete Räume
- Generationengerechtigkeit im öffentlichen Verkehr
- Aufklärung zu häuslicher und sexualisierter Gewalt an Schulen
- Mehr Budget für schulische Aktivitäten
- Wissen wohin: Frühere Unterstützung bei psychischer Belastung von Jugendlichen
- Ombudsstelle für Primar-, Sekundar- und Sonderschüler*innen

Folgender Jugendvorstoss wurde abgelehnt: Ein sicheres schulinternes KI-Tool.

Nebst den Jugendvorstössen verfassten mehrere Jugendliche zudem noch zwei Petitionen, für die sie vor Ort Unterschriften sammelten. Die Petitionen handelten von «Vergünstigung von „PubliBikes" für Jugendliche» und «Handy weg, Freiheit weg», einer Forderung nach einheitlicher und fairer Handyregelung für alle Sekundarschulen der Stadt Zürich.

Zum Schluss wurde der Einsatz aller Gruppenmoderator*innen, unter anderem von der OJA Zürich, die Arbeit der Gemeinderät*innen und aller weiteren Mitwirkenden verdankt. Ebenso ging ein Dank an die teilnehmenden Jugendlichen und an das Sozialdepartement der Stadt Zürich für die finanzielle Ermöglichung.

Für detaillierte Auskünfte zu den einzelnen Jugendvorstössen und Petitionen gibt Ihnen gerne Julia Kneubühler Auskunft:

Julia Kneubühler
Co-Projektleitung «Euses Züri», Dachverband Schweizer Jugendparlamente
Verantwortliche Jugendkonferenz
julia.kneubuehler@dsj.ch
031 384 08 06

Imelda Koger
Kommunikationsverantwortliche okaj zürich
imelda.koger@okaj.ch
044 433 50 16

Weiter Informationen
www.okaj.ch/projekte/euses-zueri
www.engage.ch/euses-zueri

«Euses Züri – Kinder und Jugendliche reden mit!» fördert die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in politischen Entscheidungsprozessen in der Stadt Zürich. Das fünfjährige Pilotprojekt entwickelt die hierfür notwendigen Strukturen und Prozesse, um die politische Mitwirkung in der Praxis zu ermöglichen. An lokalen Kinder- und Jugendversammlungen diskutieren Kinder und Jugendliche im Alter von 8-18 Jahren ihre Anliegen an ihr Wohnquartier, welche als Projekte durch lokale Partnerorganisationen gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen umgesetzt werden. An der jährlichen Jugendkonferenz der Stadt Zürich diskutieren Jugendliche (12-18 Jahre) ihre Anliegen an die Stadt Zürich mit Gemeinderät*innen und reichen Jugendvorstösse beim Zürcher Gemeinderat ein. Grundlage hierfür bildet die Revision der Gemeindeordnung vom 1. Januar 2022, die Jugendvorstösse rechtlich verankert. Das Projekt wird von der okaj zürich – Kantonale Kinder- und Jugendförderung und von engage.ch, einem Angebot des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente DSJ im Auftrag des Sozialdepartements der Stadt Zürich umgesetzt.